

Steigende Preise bringen Menschen unter Druck

Alles wird teurer: der tägliche Einkauf, das Tanken, Strom und Gas, aber auch die Mieten steigen in den letzten Monaten rasant an. Den Menschen bleibt immer weniger, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Immer mehr Menschen brauchen finanzielle Unterstützung, um über die Runden zu kommen. Auch im „Korb“, dem Sozialmarkt in der Bezirkshauptstadt, steigt die Zahl der Kunden ständig an. Die gespendeten Waren reichen bei weitem nicht mehr aus.

Regierung reagiert im Schnecken tempo

Anders als bei den Coronahilfen für Unternehmen, wo rasch und großzügig gehandelt wurde, reagiert die schwarz-grüne Regierung nur im Schnecken tempo auf die dramatische Situation bei den Preisen. „Mit den Steuern der Beschäftigten wurden die Unternehmen großzügig gefördert, als sie Hilfe brauchten. Nun wäre die Solidarität der großen Unternehmen mit den Beschäftigten in Österreich gefordert“, meint ÖGB-Regionalsekretär Frederik Schmidberger. Viele große Unternehmen machen derzeit mit der Krise fette Gewinne. Diese sollten sie über eine Sondersteuer abliefern, damit die Unterstützung für die Menschen in Österreich finanziert werden kann.

Arbeitnehmer*innen tragen die Hauptlast

Wie nicht anders zu erwarten, trifft die derzeitige Teuerung viele Beschäftigte besonders hart. Die Regierung steht aber gleichgültig daneben und lässt die Menschen mit ihren gestiegenen Kosten allein. Als Beispiel dafür seien die Beschäftigten in der mobilen Pflege erwähnt. Diese fahren vielfach mit dem eigenen PKW von Haus zu Haus, um dort alte Menschen zu betreuen. Mit dem amtlichen Kilometergeld von 42 Cent können die laufenden Spritkosten nicht mehr gedeckt werden. Das bedeutet, dass die Beschäftigten in der mobilen Pflege aus ihrem eigenen Geldbörstel etwas für die Versorgung der alten und pflegebedürftigen Menschen dazu schießen. Eine Riesenfrechheit sei das, meint Schmidberger, der hier dringend Abhilfe verlangt.

Bericht Frederik Schmidberger
ÖGB-Regionalsekretär